



**Motion von Beni Riedi
betreffend Abschaffung der staatlich finanzierten Weiterbildungen für Politiker des
Kantons Zug
vom 9. November 2013**

Kantonsrat Beni Riedi, Baar, hat am 9. November 2013 folgende Motion eingereicht:

Antrag:

Der § 10a des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz) vom 27. Januar 1994 (BGS 154.25) sei zu streichen.

Begründung:

Der Antwort meiner Kleinen Anfrage betreffend „Staatlich finanzierte Weiterbildungen für Politiker des Kantons Zug“ (Vorlage Nr. 2312.1 - 14492) konnte man entnehmen, dass während der laufenden Legislatur am 23. Februar 2011 sowie am 8. Februar 2013 je 1'500 Franken an je ein Kantonsratsmitglied der CVP-Fraktion für den Besuch des Kurses "Weiterbildung für Politik" an der Universität St. Gallen ausbezahlt wurde. Diese Ausgaben wurden zu Lasten des Kontos 1000.3199.59 gebucht.

Als Volksvertreter müssen wir eine Vorbildfunktion übernehmen. Während die finanzielle Ausgangslage für den Kanton Zug in Zukunft nicht mehr rosig aussieht, müssen wir mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen. Politische Weiterbildung liegt in der Eigenverantwortung der gewählten Mandatsträger. Staatliche finanzierte Weiterbildungen für Politiker setzen dementsprechend ein falsches Zeichen für den Steuerzahler.